

#Lassunsreden

JUGEND

ZEIT

PERSPEKTIVPAPIERE DER

AG EIGENSTÄNDIGE

JUGENDPOLITIK

SACHSEN

I. LEITPLANKEN FÜR DIE JUGENDGERECHTE KOMMUNE.

2016

Eigenständige Jugendpolitik

Die Jugend als eigenständige Lebensphase mit spezifischen Chancen und Herausforderungen markiert den Leitgedanken für die Ausgestaltung einer Eigenständigen Jugendpolitik. Sie muss eine Politik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen sein, muss unterschiedliche Lebensentwürfe, Lebenswelten und Bedürfnisse anerkennen, respektieren und fördern.

Dieser Herausforderung stellt sich die JUST Jugendstiftung Sachsen gemeinsam mit örtlichen und überörtlichen Träger der sächsischen Kinder- und Jugendhilfe. Ziel der gemeinsamen Arbeit ist die Entwicklung und Erstellung von Perspektiven für eine Eigenständige Jugendpolitik in Sachsen. Hierfür fokussieren wir in Veranstaltungen auf die zentralen Lebensbereiche und Lebenswirklichkeiten junger Menschen, diskutieren mit Expert/innen und Jugendlichen, interessierten Fachkräften und Akteuren das Thema Jugend, werten die Ergebnisse in der AG „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ aus und verdichten Schwerpunkte zu Perspektivpapieren für die fachpolitische Diskussion.

Seit 2015 wird dies in einem eigenständigen Veranstaltungsformat gebündelt – „#lassunsreden-Jugendzeit“ als in wechselnden, sächsischen Orten stattfindende, thematische Gesprächsreihe. Auf Basis der Ergebnisse und deren Bewertung entstehen Perspektivpapiere mit dezidiert sächsischem Blick.

Die Arbeitsergebnisse bringen wir in die politische Debatte ein und beziehen uns hierbei auf die Formulierungen des Koalitionsvertrags (S. 51) zwischen sächsischer CDU und SPD: *„Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Daher wollen wir unter Einbeziehung von Vereinen, Verbänden und Kommunen die eigenständige Jugendpolitik für Sachsen weiterentwickeln.“*

Arbeitsgruppe Eigenständige Jugendpolitik Sachsen

Die Projektumsetzung „#lassunsreden-Jugendzeit“ wird trägerübergreifend in der Arbeitsgruppe „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ koordiniert und fachlich begleitet. Aktuell wirken an der Arbeit der AG „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ die folgenden örtlichen und überörtlichen Träger der Sächsischen Kinder- und Jugendhilfe mit.

- Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz; Landesjugendamt
- Stadt Chemnitz; Amt für Jugend und Familie
- Stadt Leipzig; Amt für Jugend, Familie und Bildung
- Landkreis Nordsachsen; Jugendamt
- Evangelische Akademie Meißen
- AGJF Sachsen e. V.
- Kinder- und Jugendring Sachsen e. V.
- Deutsche Kinder- und Jugendstiftung; Regionalstelle Sachsen
- Sächsische Jugendstiftung
- JUST – Jugendstiftung Sachsen; Fachstelle Freiwilligendienste
- Landesjugendpfarramt/Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen
- Sächsische Landjugend e. V.

Leitplanken für die jugendgerechte Kommune.

In der Ausgestaltung einer Eigenständigen Jugendpolitik „spielen Kommunen und Regionen [eine besonders wichtige Rolle], weil sie räumlich und politisch den jugendlichen Lebenswelten am nächsten sind. Hier sind die jungen Menschen unmittelbar betroffen, hier sind sie direkt ansprechbar. Die Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollten bei allen Prozessen berücksichtigt werden, die ihre gegenwärtigen und zukünftigen Lebenslagen betreffen.“ (<https://www.jugendgerecht.de/jugendgerecht-vor-ort/> 23.02.2017)

Datum: 7. April 2016, 14:00 Uhr

Ort: Neues Rathaus der Stadt Leipzig, Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig

Mit etwa 25 Teilnehmer_innen wurden die Aspekte und Facetten einer jugendgerechten Kommune am Beispiel der Stadt Leipzig beleuchtet und Handlungsbedarfe erarbeitet. In der nachfolgenden Zusammenfassung sind die wesentlichen Diskussionsergebnisse dargestellt.

Handlungsdimensionen jugendgerechter Kommunen

Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ formuliert als Ergebnis eines bundesweiten Beteiligungsprozesses vier Merkmale für eine jugendgerechte Kommune und führt diese auf ihrer Webseite www.jugendgerecht.de detailliert aus. Diese sollte

- Heimat für Jugend sein: Räume und Wege eröffnen
- Zukunft bieten: Bildung und Arbeit ermöglichen
- Politik mit und von Jugend unterstützen: Teilhabe anbieten, Beteiligung ermöglichen, Vielfalt schätzen
- Strukturen für Jugend verbessern: Leitlinien, Qualifizierung und Bündnisse verankern

Am konkreten Beispiel der Stadt Leipzig, die am bundesweiten Modellverfahren zur Entwicklung von Kriterien für jugendgerechte Kommunen teilnimmt, wurde dies im Zuge der Diskussion vergleichbar übersetzt. Es sollte demnach darum gehen, jungen Menschen ein Gefühl der Verbundenheit zu vermitteln, indem emotionale und praktische Anknüpfungsmöglichkeiten für eigene Interessen und Wünsche vorhanden sind. Junge Menschen benötigen zudem die Gewissheit, dass sie ihre Zukunft vor Ort gestalten können, um ihre individuelle Lebensperspektive in und als Teil der Kommune planen zu können.

Es muss stärker als bisher darum gehen, Politik von und mit jungen Menschen zu gestalten und kommunale sowie politische Unterstützungsmöglichkeiten zu schaffen bzw. die vorhandenen weiter zu entwickeln, um das Aufwachsen junger Menschen in den Kommunen zu unterstützen. Allerdings gilt es in dieser Frage darauf zu verweisen, dass Jugendbeteiligung in jedem Fall wichtig ist, jedoch nicht hinreichend für den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit. Hierzu gehört vielmehr auch ein Umdenken in der Verwaltung, ein Umdenken in der städtischen Gesellschaft, um den Bedürfnissen und Anliegen junger Menschen ein stärkeres und vor allem nachhaltiges Gewicht einzuräumen. Wenn strategische Schwerpunkte wirksam bleiben sollen, so müssen die Themen kontinuierlich aufgerufen, der Politik und Verwaltung ins Bewusstsein gebracht werden. Im Ergebnis kontinuierlicher und gewichtiger Auseinandersetzung stabilisieren sich neue Muster der Einbeziehung und Achtsamkeit gegenüber Bedürfnislagen junger Menschen.

Für kommunalpolitische Jugendstrategien ist es ferner wichtig, die Jugend in ihrer ganzen Vielfalt in den Blick zu nehmen und Chancengerechtigkeit herzustellen, alle Jugendlichen mitzunehmen. Dies erfordert die bedarfsgerechte und lebensweltorientierte Anpassung und Weiterentwicklung von Verfahren, Prozessen und Kommunikationsmitteln sowie die Bereitschaft parallele Zugänge und Formate vorzuhalten.

Verschiebungen in der Lebensphase Jugend und gesellschaftliche Wahrnehmung junger Menschen

Die Lebensphase Jugend ist von scheinbar paradoxen Ambivalenzen geprägt. Einerseits sind die Freiräume, Freizeiten und Gestaltungsmöglichkeiten in der Jugendzeit in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich zugeschnitten und eingeschränkt worden. Die gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere die Steigerung gesellschaftlicher Komplexität und die Auflösung tradierter Regeln und Verläufe führten zu einem Anstieg der Erwartungen aus der Erwachsenenwelt, der Schutz- und Unterstützungsangebote ebenso wie der gesellschaftlichen Bildungsanforderungen, so dass die Zeit zwischen Kindheit und Erwachsensein immer stärkeren Zwängen untergeordnet wurde. Andererseits bietet die heutige Multioptionsgesellschaft schier unbegrenzte Möglichkeiten der individuellen Entfaltung und Teilhabe, insofern die Zugangskriterien Kapital, Bildung und/oder soziokulturelle Passung beim einzelnen Jugendlichen erfüllt sind. Die Zumutung und das Geschenk, immer und beständig die eigene Biographie zu optimieren und nur keine Fehlentscheidungen zu treffen, bilden sich individuell durch einen sehr hohen Leistungsdruck ab, der sehr früh beginnt und unterschiedlich bewältigt wird.

Insofern muss sowohl davon gesprochen werden, dass sich die Jugendphase im Sinne unbeschwerter, explorativer Zeit enorm verkürzt hat, als auch davon, dass sich Übergangszeiten verlängern und fließender werden, dass Experiment und Freiraum eingeschränkter und/oder zu späterer Zeit gelebt werden und die Statuspassage zum Erwachsenen (Arbeit, Wohnung, Familie) mitunter an den Anfang des vierten Lebensjahrzehnts verschoben wird, sich Bildungsprozesse zugleich beschleunigen, expandieren und verlangsamten.

Im gesellschaftlichen Diskurs wird Jugend oft auf ökonomische und soziale Zwecke reduziert. Sie dient der Deckung des Fachkräftereservoirs, ist begehrtes Objekt für die Wirtschaft in der Rolle des Konsumenten wie der Arbeitskraft, darf kulturelle wie infrastrukturelle Nischen entwickeln und füllen. Im sozialen Nahraum werden junge Menschen häufig dann wahrgenommen, wenn sie stören, Regeln verletzen, öffentlichen Raum besetzen. Allerdings zeigt sich im direkten Lebensumfeld von Jugendlichen auch, dass sich die Sicht auf junge Menschen verändern kann, dass sich Gemeinschaften solidarisieren und für Themen und Bedürfnisse vor Ort einsetzen.

Verantwortung der Kommunen

Eine wichtige Leitlinie besteht darin, das kommunale Handeln auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auszurichten, um einer jugendgerechten Kommune näher zu kommen. Dies bedarf einerseits dem politischen Willen, andererseits der stetigen Konkretisierung dieser Herausforderung. Eine Querschnittsaufgabe sollte es somit sein, jede Politik, auch wenn diese auf dem ersten Blick nichts mit Jugend zu tun haben scheint, in ihrem Programm auf ihre Jugendrelevanz hin zu überprüfen.

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass jede kommunale Angelegenheit Auswirkungen auf junge Menschen hat, mittelbar und unmittelbar, sei es die Grünflächenverwaltung, die Aufgabenwahrnehmung des Ordnungsamts, der Zugang zu lokaler Kultur, Fragen der Barrierefreiheit oder die Gestaltung von Verkehrswegen. Die zentrale Herausforderung besteht darin, dies den handelnden und verantwortlichen Personen, in aller Regel Erwachsene, beständig bewusst zu machen. Gleichzeitig gibt es wichtige

Lebensbereiche, die ganz zentral für Jugendliche und junge Erwachsene sind, auf welche die Kommune kaum Einfluss nehmen kann, wie zum Beispiel den Bereich der Schule.

Für die kommunale Politik sind somit einfach handhabbare Prüffragen hilfreich, wie beispielsweise die nach dem Vorhandensein eines Bolzplatzes, den Jugendliche ohne Beschränkung nutzen können oder der Attraktivität und Nutzbarkeit öffentlicher Räume für jugendliche Aktivitäten. Kommunen sollten bewusst Räume einplanen, die frei sind, nicht vordefiniert und abgegrenzt sind. In der Jugendphase besteht ein starkes Bedürfnis nach eigenen Räumen und Welten, zu denen die Erwachsenen keinen Zugang haben oder in denen zumindest gleichberechtigt Regeln und Gestaltungsmöglichkeit verhandelt werden. Für eine jugendgerechte Kommune ist es daher wichtig, genau solche nichtkommerziellen Möglichkeiten zum Ausprobieren und Ausleben zu öffnen, zu schaffen bzw. zu erhalten.

Kommunaler Jugendcheck

Ein geeignetes Unterstützungsinstrument auf dem Weg zur jugendgerechten Kommune kann die Entwicklung und Anwendung eines Jugendchecks darstellen. Mit diesem könnten die Auswirkungen politischer Entscheidungen und kommunalen Verwaltungshandelns auf die Lebensrealität und Entfaltungsmöglichkeit junger Menschen überprüft werden. Dabei macht es wenig Sinn, nur den formalen Akt zu vollbringen. Vielmehr müsste dieser Prüfprozess im Querschnitt implementiert und durch die gesamte Mitarbeiterschaft der Verwaltung gelebt werden.

Die Vorteile eines Jugendchecks liegen in der Transparenzmachung der Auswirkungen kommunalen Handelns für Jugendliche. Insofern ist es gleichzeitig Prüfinstrument für die Verwaltung und Sensibilisierungsinstrument für den Stadtrat/Kreisrat. Wenn sich die Erfahrungen verdichten, wie die eigene Arbeit auf eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung, in dem Fall auf die Jugendlichen, wirkt, kann sich schrittweise ein Bewusstsein dafür entwickeln, diese Aspekte in Zukunft kontinuierlich mitzudenken. Ein Jugendcheck ist in diesem Sinne noch nicht allein ein Garant für die Entwicklung einer jugendgerechten Kommune, aber er wäre stets ein ermahndes Element, das zum Nachdenken auffordert, über das man stolpert und sich mit dem Thema auseinandersetzt.

Beteiligung und Teilhabe

In der Ausgestaltung jugendgerechter kommunaler Politik kommt den Fragen der Jugendbeteiligung und Jugendmitbestimmung ein wesentlicher Stellenwert zu – als demokratisches Prinzip, als Partizipation der entsprechenden Adressatengruppen, als Ermächtigung der Jugend und als notwendige Grundlage, um deren Bedürfnisse und Perspektiven adäquat aufgreifen und berücksichtigen zu können. Hierfür ist es wichtig, kontinuierlich Ressourcen zur Verfügung zu stellen, sowohl personelle Ressourcen als auch finanzielle Ressourcen, um Prozesse begleiten, durchführen und erfolgreich beenden zu können. Jugendbeteiligung ist nicht kostenlos zu bekommen, es werden Bündnispartner und Unterstützungsstrukturen benötigt, die dauerhaft vorgehalten werden müssen.

Der Einstieg in ernsthafte und echte Beteiligungsprozesse beginnt bei den Erwachsenen. Hier liegt zuvorderst die Verantwortung zur Klärung der Frage, was für sie Jugendbeteiligung ist und welchen Gestaltungsrahmen die Erwachsenen politisch aushalten können und ermöglichen wollen. Für Jugendliche ist es zentral, dass sie über eine geeignete Ansprache kontaktiert und aufgeschlossen werden und dass sie eine verlässliche Struktur und einen gestaltbaren Handlungsrahmen vorfinden, um sich mit einer gewichtigen Stimme einzubringen. Hierfür gibt es zahlreiche erfolgreiche Beispiele, praktische Möglichkeiten und methodische Zugänge, jedoch kein Patentrezept. Die Strukturen und Partner vor Ort, die Sichtweise der sich engagierenden Jugendlichen müssen ernstgenommen und in lebensfähige wie auch lebensweltnahe Prozesse und Vereinbarungen überführt werden.

Für eine gelingende Einbeziehung und Mitbestimmung von Jugendlichen darf ihnen kein Erwachseneninteresse (beispielsweise eine spezifische Beteiligungsform) aufgedrückt werden. Es müssen vielfältige Formen und Wege ausprobiert und offeriert werden, um den vielfältigen Bedürfnissen und Möglichkeiten junger Menschen gerecht zu werden. Ebenso gilt es auszuhalten und in der Grundintention standhaft zu bleiben, wenn Jugendliche in der konkreten Situation oder zu einem spezifischen Sachverhalt kein Interesse entwickeln, sich zu beteiligen.

#lassunsreden ist eine Veranstaltungsreihe der Arbeitsgruppe für eine EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK in Sachsen.



JUST – Jugendstiftung Sachsen

Neefestrasse 82
09119 Chemnitz

Tel.: (0371) 533 64 - 14
Fax: (0371) 533 64 - 26

E-Mail: info@jugendstiftung-sachsen.de

www.jugendstiftung-sachsen.de

Projekt Jugendpolitik braucht
E-Mail: jugendpolitik@jugendstiftung-sachsen.de